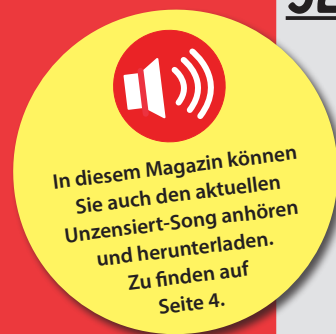




MAGAZIN FÜR MÜNDIGE BÜRGER

FÜR FRIEDEN
UND FREIHEIT
WELTWEIT!

www.unzensiert-allgaeu.de

Operation gelungen, Patient tot ...

■ Deutschland hat einen Operationsplan. Es handelt sich um die angeblich notwendigen Maßnahmen im Rahmen der Erlangung unserer Kriegstüchtigkeit. Die Menschen bekommen davon nur am Rande etwas mit, weil die Medien kaum darüber berichten. Immerhin will man die militärische Drehscheibe Europas im möglichen Krieg gegen Russland werden. Dass das Unsummen an Geld verschlingt, kann sich jeder ausmalen. Aber Geld, so wissen wir, spielt für eine Regierung kaum eine Rolle. Über Geld spricht man nicht, man gibt es aus. Schließlich muss uns unsere Sicherheit etwas wert sein. Und unsere Freiheit sowieso. Freiheit aufzugeben, sei die eigentliche Freiheit und im Übrigen: Seine Söhne und Töchter der Landesverteidigung anzudienen sollte Normalität sein.

In diesen Zeiten schwadronieren viele und sind sich ihrer menschenverachtenden Worte nicht einmal bewusst. Wie zerstörerisch Kriege sind, wissen alle. Natürlich auch die Gewinner der Kriege:

Waffenindustrie, Geopolitiker und Wiederaufbaukonzerne, Finanzhaie. Bezahlen muss das Volk. Wären unsere Politiker bei der Rentensicherung so kreativ, wie beim Anzapfen von Finanzquellen für ihr Politikversagen, müsste man sich weniger Sorgen machen.

Europas und Deutschlands Unterwürfigkeit gegenüber den USA ist nur ein Ausdruck dieser Unfähigkeit, einen Staat, geschweige denn einen Kontinent, zu führen. Wenn Ursula von der Leyen das Zollabkommen mit den USA als „guten Deal“ verkauft und dann noch 600 Milliarden bei unseren „Freunden“ investieren will, müssten alle Alarmglocken angehen. Doch man weiß ja schon, woher das Geld kommen kann. Es wird wie immer dem Bürger aus der Tasche gezogen. So muss eine zusätzliche Stromsteuer her, als wäre der Strompreis nicht schon hoch genug. Die Gaskraftwerke, die man für die gescheiterte Energiewende braucht, müssen irgendwie finanziert werden. Bayern plant jetzt einen Wassercen-

denn Wasser ist knapp – vor allem in Bayern nach diesem verregneten Juli – und spült im wahrsten Sinn des Wortes weitere Millionen in die Kriegskasse gegen Putin und für den Klimaschutz. Und noch einen Trumpf haben sie im Ärmel: Die faulen Deutschen sollen gefälligst bis 70 arbeiten, denn das entlastet die Rentenkassen erheblich und man kann mehr an die EU, die NATO, und die vielen NGOs überweisen.

Wir brauchen also einen viel weiterreichenden Operationsplan. Denn das Land ist schwer erkrankt und muss sich dringend einer Operation unterziehen. Und es gibt auch schon eine klare Diagnose: Es haben sich eine Reihe von bösartigen Wucherungen gebildet, viele Eiterherde und Geschwüre müssen entfernt werden, sonst ist der Patient Deutschland nicht zu retten. Aber vielleicht soll er das auch gar nicht. Die Geier sitzen längst in Berlin und warten auf die Überreste eines ehemals quicklebendigen und lebenswerten Staatsgebildes. Und wir schauen sorglos zu ... | HM ■

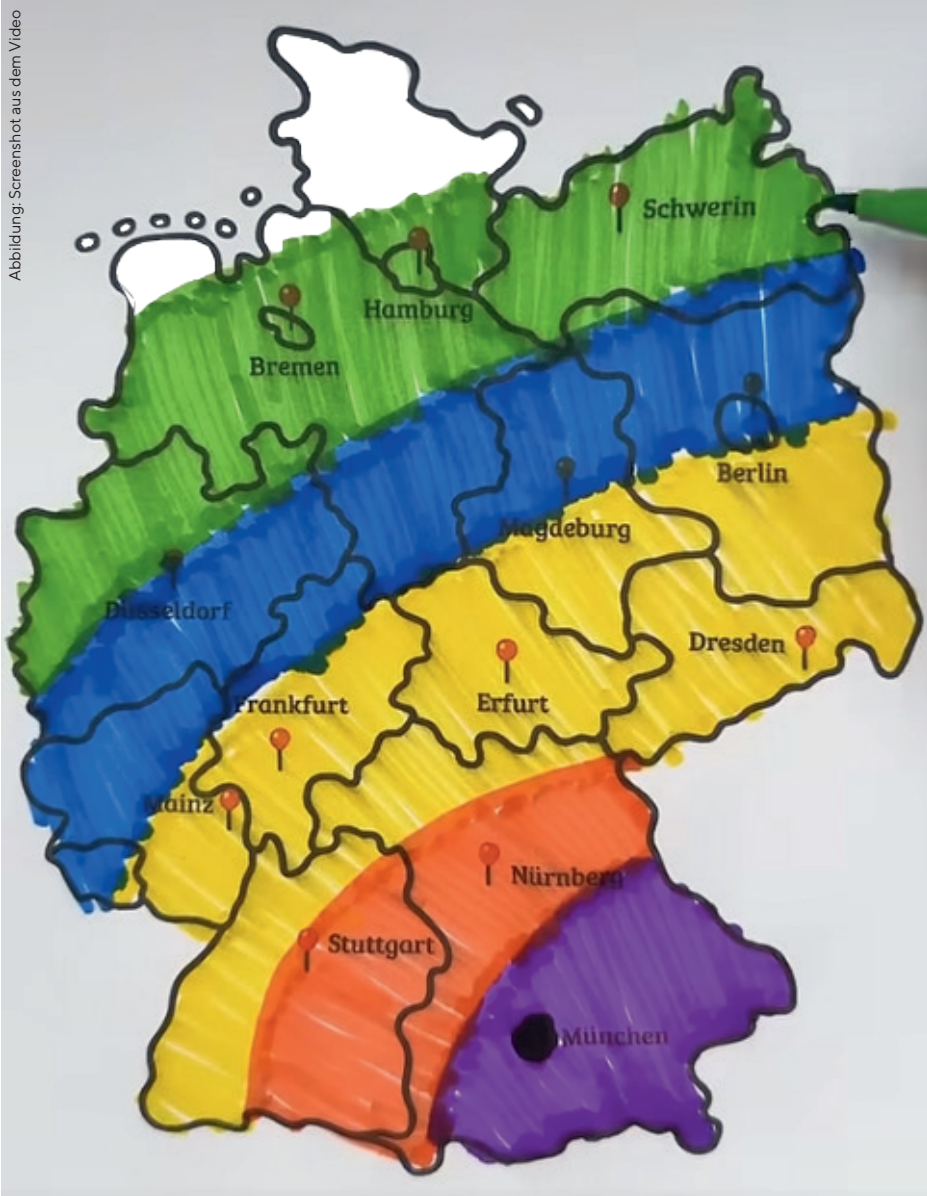


Abbildung: Screenshot aus dem Video

Atombombe in München

Wenn Du im **schwarzen** Umkreis wohnst, bist Du sofort tot.

Der **lilane** Bereich ist der Explosionsradius. Dort hast Du eine 5-prozentige Überlebenschance.

Der **orangene** Bereich ist die Kraftwelle, die alles in diesem Umkreis in Schutt und Asche zerlegt. Dort hast Du eine 25-prozentige Überlebenschance.

Im **gelben** Bereich sind radioaktive Strahlungen. Die können zu Strahlenkrankheiten führen. Dort hast Du eine Überlebenschance von 50 Prozent.

Im **blauen** Bereich tritt der saure Regen auf. Dort hast Du eine Überlebenschance von 75 Prozent.

Im **grünen** Bereich hast Du eine 90-prozentige Überlebenschance. Dort können nur kleine Krankheiten auftreten.

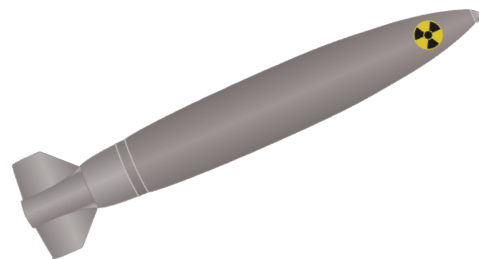
Im **weißen** Bereich überlebst Du zu 100 Prozent.

<https://www.youtube.com/shorts/JU9euO8FGgs?feature=share>



zu dieser Kriegspolitik

Atombomben für Büchel/Rheinland-Pfalz



Der laufende Umbau des NATO-Flugplatzes Büchel in der Eifel (Rheinland-Pfalz) wird laut Medienberichten „vermutlich dreimal so viel kosten“ wie ursprünglich seitens der Bundesregierung eingeplant. Noch unter der Ägide der Ampelregierung im Rahmen der „Zeitenwende-Strategie“ von Verteidigungsminister Boris Pistorius wurde bekannt gegeben, dass ab dem Jahr 2027 eingeplant sei, dass in den USA bestellte F-35-Kampfbomber dort stationiert werden. Diese Jet-Modelle können Atombomben tragen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, das Verteidigungsministerium rechne nun mit über 640 Millionen Euro Mehrkosten.

Am 18. Juli 2024 besuchte Verteidigungsminister Boris Pistorius das Taktische Luftwaffengeschwader 33 im rheinland-pfälzischen Büchel. Der Fliegerhorst steht unter NATO-Kontrolle, gilt dabei offiziell als Standort der deutschen Luftwaffe, an dem US-Atomwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO stationiert sind. Pistorius verschaffte sich bei dem Pressetermin auch einen ersten Überblick über die neuesten Umbaumaßnahmen zur Erweiterung der Anlage. Dazu hieß es im Vorjahr seitens der Bundeswehr zu den Gründen des steuerfinanzierten Ausbaus: „Minister Pistorius informierte sich vor Ort über den aktuellen Stand der Vorbereitungen und den zukünftigen Betrieb der neuen Kampfbomber. Der Militärflugplatz Büchel wird entsprechend den aktuellen North-Atlantic-Treaty-Organization-Standards grundlegend modernisiert und die für den Flugbetrieb der F-35A

benötigte Infrastruktur geschaffen. Dies ist wichtig, um die Einsatzfähigkeit und Modernisierung der Bundeswehr voranzutreiben und zu den internationalen Verbündeten aufzuschließen, die die F-35 bereits im Einsatz haben.“

Ein Jahr später berichtet die ARD-Tagesschau: „Nach Informationen des ARD-Hauptstadtstu-

dios rechnet die Bundesregierung mit Gesamtkosten von bis zu zwei Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr war für den Umbau des NATO-Flugplatzes in der Eifel noch mit bis zu 1,2 Milliarden Euro kalkuliert worden. Ganz am Anfang schätzte man die Kosten gerade mal auf 700 Millionen Euro.“ Laut dem SWR erklärte das Verteidigungs-

ministerium (BMVg) zu der Kostenexplosion: „Als Begründung hatte das Ministerium das Tempo der Baumaßnahmen, die allgemeine Baupreisentwicklung und die US-amerikanischen Sicherheitsauflagen angeführt.“

<https://t.me/Klartext2021Gemeinsam/55311>



„Die Würfel sind gefallen ...“

Israels Regierungschef Netanjahu will laut Berichten auf eine massive Ausweitung der Gaza-Offensive drängen

Premierminister Benjamin Netanjahu hat seinen Ministern gestern [4. August] mitgeteilt, dass er trotz Einwänden innerhalb der IDF [Israelische Verteidigungskräfte] die Unterstützung des Kabinetts für einen Plan zur vollständigen Besetzung des Gazastreifens einholen werde, berichten hebräische Medien.

Mehrere Minister sollen berichtet haben, dass Netanjahu in privaten Gesprächen den Begriff „Besetzung des Gazastreifens“ verwendet habe, um seine Vision für die Ausweitung der Militäroperationen in Gaza zu beschreiben – eine bemerkenswerte Veränderung im Tonfall, während sich die Regierung darauf vorbereitet, über die Zukunft der Gaza-Kampagne zu diskutieren.

Ein hochrangiger Beamter aus dem Umfeld des Premierministers wird von „Ynet“ [israelisches Nachrichtenportal] mit den Worten zi-

tiert: „Die Würfel sind gefallen – wir streben eine vollständige Besetzung des Gazastreifens an.“

„Es wird auch in Gebieten Operationen geben, in denen Geiseln festgehalten werden. Wenn der Stabschef der IDF damit nicht einverstanden ist, sollte er zurücktreten“, fügen sie hinzu. Die IDF kontrolliert derzeit etwa 75 Prozent des Gazastreifens, aber nach dem neuen Plan würde das Militär auch das verbleibende Gebiet besetzen – wodurch die gesamte Enklave unter israelische Kontrolle käme. Es ist unklar, was ein solcher Schritt für die Millionen Zivilisten und humanitären Organisationen im Gazastreifen bedeuten würde.

Die IDF hat erklärt, dass sie sich gegen die Übernahme des gesamten Gazastreifens ausspricht, da die Armee davon ausgeht, dass es Jahre dauern könnte, alle Infrastrukturen der Hamas zu zerstören. Außerdem könnte dies die Geiseln in Gefahr bringen, hingewiesen zu werden, wenn sich die Truppen ihrem Aufenthaltsort nähern.

Netanjahu erklärte, dass er das Kabinett einberufen werde, um der IDF Anweisungen für die Fortsetzung der Kriegshandlungen zu erteilen. Einige glauben, dass der Premierminister die Armee auffordern könnte, sich zurückzuhalten, um den Geiseln Verhandlungen eine Chance zu geben.

Gestern berichtete Channel 12, dass es innerhalb des Sicherheitskabinetts zu einer Spaltung in dieser Frage gekommen sei, wobei der Premierminister und Verteidigungsminister Israel Katz angeblich unentschieden geblieben seien.

Zu den Befürwortern einer Ausweitung der Operationen im Gazastreifen gehörten der Minister für strategische Angelegenheiten Ron Dermer, Finanzminister Bezalel Smotrich, der Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben Gvir, der Militärsekretär Generalmajor Roman Gofman und Kabinettssekretär Yossi Fuchs.

Auf der anderen Seite waren Berichten zufolge der Stabschef der IDF, Generalleutnant Eyal Zamir, Außenminister Gideon Sa'ar, Shas-Chef Aryeh Deri, der nationale Sicherheitsberater Tzachi Hanegbi, Mossad-Chef David Barnea, der Verhandlungsführer des Shin Bet, bekannt unter dem hebräischen Buchstaben „Mem“, und Generalmajor (a. D.) Nitzan Alon, der für das Militär die Geiselfrage überwacht.

https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/netanyahu-set-to-push-for-major-expansion-of-gaza-offensive-reports-say/

Übersetzt mit DeepL.com



„Der Friede ist ein wahres Meisterstück der Vernunft*“

Leute, eine Sache frag ich mich in letzter Zeit immer häufiger: Wie nenne ich denn eigentlich Politiker, die Deutschland wieder kriegstüchtig machen wollen? Dazu war die deutsche Sprachpolizei doch ziemlich stumm geblieben. Und das, obwohl Kriegstüchtigkeit ja ein Lieblingswort von Goebbels war. Beispielsweise, als er nach dem Attentat auf Hitler, 1944, im Volksempfänger zur Kriegstüchtigkeit aufrief. Aber wenn nun jemand heute wieder Kriegstüchtigkeit fordert und damit deut-

sche Panzer gegen Moskau, wie nenne ich denn den? Nach immerhin 27 Millionen getöteter Sowjetmenschen im Zweiten Weltkrieg? Oder, wie nenn ich den israelischen Minister Smotrich, der sich selbst, wohlge-merkt sich selbst, in der Knesset fröhlich einen Faschisten nannte? Und der forderte, zwei Millionen Menschen im Gazastreifen auszuhungern? Oder wie nenn ich eine Regierung, die Palästinenser, hilflos zwischen Ruinen und Zeltplanen herumirrende Menschen, bombardieren

lässt? Von Tag zu Tag erbarmungsloser. Nein, für eine solche Regierung darf es keine Zustimmung geben.

Wir stehen heute hier zusammen, weil wir uns von keinem Politiker, von keinen Medien und von keiner Sprachpolizei in einen dritten Weltkrieg hineinquasseln lassen wollen. Wir stehen hier für Peace, Pace, Pei, Shalom, Salam, мир, zu gut deutsch: für Frieden. Denn wir sind fest überzeugt davon, dass „der Friede ein wahres Meisterstück der Vernunft“ ist.

Dankeschön.

(* Zitat von Immanuel Kant, deutscher Philosoph, 1724–1804)

<https://weltnetz.tv/video/3208-frieden-ist-ein-meisterstueck-der-vernunft/>



Sie machen einfach weiter

VON HERBERT MAYER

*Sie machen einfach weiter
und lassen sich nicht stören,
auch wenn wir protestieren,
sie wollen es nicht hören.
Sie liefern weiter Waffen,
kein Frieden ist in Sicht
und niemand zählt die Toten,
es interessiert sie nicht.*

Schon lange tobt im Osten Krieg
mit Bomben und Raketen,
die Menschen leiden immer mehr,
es endet nicht das Töten.

Die Tränen fließen Tag für Tag
bei Müttern, Vätern, Kindern,
und wir – wir schauen alle zu,
wir könnten es verhindern.

Wir treiben eine Politik,
das ist nur noch ein Grauen,
und keinem der Politiker
kann man im Leben trauen.

Von Frieden sprechen sie nicht mehr,
Moral ist ihnen fremd,
und jeder hier im Lande sich
für diese Menschen schämt.

Wir dürfen nicht mehr länger jetzt
das Unheil akzeptieren,
weil wir sonst alles, was uns lieb,
mit einem Schlag verlieren.

Wenn wir jetzt nichts dagegen tun
und keiner hebt die Hand,
versündigen wir uns erneut
an unserm Vaterland.

Wir schauen auch in Gaza zu,
den vielen Greueltaten,
und haben längst schon wieder mal
die Menschlichkeit verraten.

Wie kann man nur so grausam sein
und alles akzeptieren,
wenn Frauen, Kinder, Tausende
verhungern und krepieren.

Auch hier ist Deutschland mit dabei,
mit Waffen und mit Geld,
wir schüren wieder einmal Hass,
ein Leben nichts mehr zählt.

Denn Israel ist ein Tabu,
man darf nichts kritisieren,
und wenn sie auch seit Jahren schon
erbittert Kriege führen.

Was ist das nur für eine Welt,
so gottlos und verdorben,
es wird gehasst, es wird gehetzt
und tausendfach gestorben.

Vielleicht kommt bald der große Knall,
das Ende, wie es scheint,
denn vorher gibt der Mensch nicht Ruh,
doch keiner um ihn weint.



UNZENSIERT-SONG
abspielen



Man wird doch noch fragen dürfen!

VON VERONIKA BAUER

■ **Kein Mensch ist illegal.** Wann ist ein Mensch ein Mensch? Erst ab der Geburt sollen Würde und Rechte gelten. Das bedeutet im Umkehrschluss: kein Schutz für ungeborene, lebensfähige Babys. Wer richtet über Leben und Tod und wagt es, sich über die Schöpfung zu erheben? Sollen unsere Kinder, einst ein Geschenk Gottes, künftig zur Retouren-Ware mit neun Monate Rückgabe-Garantie werden?

Es begann mit den Worten:

Wir schaffen das! Und: Wir haben Platz! Was bleibt, sind Kontrollverlust und Verleugnung der damit verbundenen Probleme. Gedanken und Parallelen zur krankhaften Störung Animal Hoarding* drängen sich unweigerlich auf. Höchste Zeit, dass eine Therapie beginnt. Ist hier nicht dringender (Be-)Handlungsbedarf geboten, wenn jemand völlig realitätsfern gleich die ganze Welt retten möchte, aber bereits an Unter-

bringung und Eingliederung scheitert? Sollte nicht angestrebt werden, den entstandenen Schaden zu begrenzen?

Höllensommer 2025

an drei aufeinanderfolgenden Tagen in Deutschland. Noch nie wurden so hohe Temperaturen – vermutlich seit der Jungsteinzeit – aufgezeichnet. Hitzeschutzpläne müssen umgesetzt werden, um Leben zu retten. Drastisch angestiegene Zahlen von Hitzetoten wurden längst gezählt, obwohl es dafür gar keinen Diagnoseschluss gibt. Mit tiefrot flammenden Wetterkarten und Klima-Updates werden täglich schockierende Szenarien in die Köpfe der Fernsehzuschauer getrichert. Aber kaum haben die Ferien begonnen, rollen die Blechlawinen wieder Richtung Süden. Der Deutsche möchte eben in seinem Urlaub nicht auf Sonne, Strand und Meer verzichten. Nimmt sich der Klimawandel inzwischen eine Werbepause? Gibt es darüber schon aktuelle Zahlen, ob im Süden die

Sonne bei 35° Celsius klimaneutraler scheint als in Deutschland bei 20° Celsius?

Größten Respekt

erhält heute ein Arzt, der länger praktiziert, weil er keinen Nachfolger findet. Unser tiefstes Mitgefühl bringen wir den Menschen entgegen, die länger arbeiten müssen, um ihre bescheidene Rente aufzubessern, teils mit angeschlagener Gesundheit. Künftig soll das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre gesetzt werden und wird zur neuen Normalität. Wenn 70 das neue 63 wird, kann man kein Mitleid mehr erwarten. Alternde Körper mit schwindendem Geist müssen künftig das Land am Laufen halten. Wie wird es sich nach einem endlos langen Arbeitsleben anfühlen, wenn man erfährt, dass die Rentenkassen trotzdem leer sind und wir auf einen Boomer-Soli angewiesen sind?

Deutschland muss kriegstüchtig werden.

Wer ist dieser Deutschland? Ist dieser Deutschland so engagiert und erledigt die ganze Drecksbauarbeit, auch wenn es ihn sein Leben kosten würde? Mir ist noch kein kriegstauglicher Deutschland begegnet, da die Menschen hier viel lieber in Frieden und Freiheit leben möchten. Manch einer wusste mit Deutschland ohnehin noch nie etwas anzufangen und fand Vaterlandsliebe stets zum Kotzen. Mit dieser Einstellung lässt sich wohl kaum ein Krieg gewinnen. Lassen sich mit der Parole: „Alles für die Freiheit aufzugeben, das ist Freiheit!“ neue Mitstreiter gewinnen? Führen großzügige Prämien zum erhofften Zulauf? Oder wird eine Zeitenwende kommen müssen, in der sorglos verwöhnte Work-Life-Balance-Künstler zu tödenden Überlebenskriegerern umerzogen werden? ■

* Der englische Begriff „Animal Hoarding“ kann mit „Tiersammelsucht“ oder „Tierhorten“ übersetzt werden. Er beschreibt ein Krankheitsbild, bei dem betroffene Menschen Tiere in einer so großen Anzahl halten, dass sie sie nicht mehr angemessen versorgen können. (Wikipedia)



**„The more you know,
the more insane
you sound to people
who don't“**

Dr. Simon Goddek auf X¹

**„Je mehr du weißt, desto verrückter kommst du
Leuten vor, die nichts wissen.“**

VON MARTINA LAABE

■ „Wissen ist Macht“ – gilt diese alte Volksweisheit heute noch? Für die Mächtigen mehr denn je. Wissensvorsprung ist in vielen Lebensbereichen von Bedeutung, für berufliche Karrieren beispielsweise. „Ich weiß, dass ich nichts weiß“ ist dagegen eine Aussage, die eher ins Philosophieren führt.

Während also Wissen im Allgemeinen heute einen hohen Stellenwert hat, was auch die hohe Zahl der Abiturienten, Studenten und Akademiker zeigt, gibt es andererseits das Phänomen des Nichtwissenwollens. In gebildeten Kreisen informierte man sich früher und noch heute „allumfassend“, gewisse Tageszeitungen und Magazine gehörten neben

der Lektüre von Büchern dazu. Und natürlich der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Die Informationsflut in der heutigen Informationsgesellschaft führt jedoch dazu, dass Menschen selektieren müssen, was ihnen nützlich scheint oder was sie sich zumuten wollen, wenn sie denn auch noch zu arbeiten und eine Familie zu versorgen haben. Die älteren Bürger verlassen sich häufig aus Gewohnheit auf die traditionellen Informationskanäle Fernsehen, Rundfunk und Zeitung, die jüngere Generation findet ihre eigenen Wege zu Informationen im Internet. Die jungen Leute sind für die Öffentlich-Rechtlichen in großer Zahl verloren, so dass die Frage im Raum steht, ob der ÖRR noch eine Daseinsberechtigung hat, denn diese Generation wird sich auch später nicht mehr gewinnen lassen. Zuschauer- und Zuhörerzahlen sinken ebenso wie die Auflagen der Printmedien. Deshalb greift hier die Regierung „unterstützend“ mit Millionen Euro ein, vorgeblich, um die Vielfalt der Informationen zu gewährleisten.²

In welcher Art und Weise Wissen einerseits gesucht und andererseits zur Verfügung gestellt wird – und von wem – hat die Corona-Pandemie in jüngster Vergangenheit deutlich gezeigt. Die Mehrheit der Bevölkerung verließ sich gewohnheitsmäßig auf die Information durch Regierungsorgane und Medien, wobei das Ausmaß bei der Zusammenarbeit nicht immer transparent war. Eine Minderheit zögerte, zweifelte und suchte sich eigene Informationskanäle oder handelte intuitiv. Im Laufe der Jahre hat immer mehr Wissen über das Virus, die Pandemie, die Maßnahmen und die Auswirkungen auf die Gesellschaft den Weg in die Öffentlichkeit gefunden. Mutige Ärzte, Wissenschaftler und Journalisten hatten schon früh Aufklärungsarbeit geleistet. Aber viele Menschen wollten und wollen aus unterschiedlichen Gründen von diesen Informationen nichts wissen. Wer über alternatives Wissen zum propagierten Mainstreamwissen verfügte und es laut aussprach, machte sich verdächtig,

nicht ganz dicht zu sein, „insane“. Diese Art von Wissen war nicht willkommen, passte nicht in das offizielle Narrativ. Und daran hat sich bis heute nur wenig geändert. Versuche einer gründlichen Aufarbeitung der Corona-Zeit mittels Untersuchungsausschüssen oder einer Enquete-Kommission des Bundestages ziehen sich schleppend dahin. Hier werden erst mit einem größeren zeitlichen Abstand Historiker mehr Licht ins Dunkel bringen.

In persönlichen Gesprächen stellt man schnell fest, dass es tabuisierte Themen gibt. Je nach Informationsquelle herrscht dann eine Meinung vor, an der nicht mehr gerüttelt werden soll. Denn das würde die Bürger möglicherweise verunsichern und das wiederum gilt es – offenbar im Interesse der Regierung – zu vermeiden.³ So wird derjenige mit anderer Meinung nicht mehr neugierig befragt und gemeinsam diskutiert, nein, der andere wird als „insane“ – verschoben, verrückt – abgeurteilt und die Kommunikation eingestellt, sofern sie nicht gar in Beschimpfung und mehr ausartet.

Hier hat sich also etwas grundsätzlich verschoben: Wenn alle die Tagesschau sehen und die Tageszeitung lesen, verfügen alle über den in etwa gleichen Wissensstand und eine Kommunikation ist wahrlich einfacher. Wenn es eine Vielzahl unterschiedlicher Informationsquellen gibt, über deren Qualität Uneinigkeit herrscht, dann wird es schwierig mit der Kommunikation. Konsumenten der Tagesschau: Pandemie der Ungeimpften, menschengemachter Klimawandel, wirtschaftlicher Abstieg Teslas, Notwendigkeit der Aufrüstung usw. Die Reaktion auf Gegenargumente: Ratlosigkeit, Argwohn, Abwehr. „Aber in den Nachrichten ...“

Auch „die“ WISSENSchaft hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie nicht das Monopol auf die absolute Wahrheit hat. Es ist sogar die Rede von einer Krise der Wissenschaft seit 2005. Eine sogenannte Replikationskrise – d.h. „Die Ergebnisse wissenschaftlicher Experimente erwiesen sich

als nicht stabil.“⁴ – führte zu einer Reihe schwerer Fälle von Wissenschaftsbetrug. Die akademische Welt scheint genauso anfällig für das – manchmal unredliche – Streben nach Ruhm und Reichtum wie andere Branchen, aktuelle Plagiatsvorwürfe verstärken den Eindruck.

Die Universalgelehrten vergangener Jahrhunderte gibt es nicht mehr, kann es nicht geben angesichts der Wissensexplosion in unserer Zeit. An ihre Stelle tritt die Künstliche Intelligenz mit all ihren positiven und negativen Seiten. Der Mensch in seinem Verlangen nach Antworten, sofern dieses nicht im Alltag untergegangen ist, greift gerne darauf zurück. Ein Unbehagen bleibt hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten, Stichwort Transhumanismus.

Alternative Medien wie Nius u. a. bilden inzwischen eine ernstzunehmende Konkurrenz zu den millionen- bis milliardenschweren und staatlich subventionierten „Qualitätsmedien“. X, vormals Twitter, ist inzwischen eine der meistbesuchten Onlineplattformen der Welt. Hier erfährt man, was in Presse, Funk und Fernsehen nicht auftaucht. Dabei ist Vorsicht angeraten wie bei allen Veröffentlichungen. Die Überprüfung der Seriosität der sogenannten Quellen ist unerlässlich, aber manchmal schwierig für den durchschnittlichen User. Der Kampf um die Meinungshoheit und die Grenzen der Meinungsfreiheit ist entfacht: Zensur, Meldestellen, Faktenchecker, Desinformation und Propaganda – wir erleben das volle Programm in einem bis dato wohl nicht gekannten Ausmaß.

Und so bleibt dem mündigen Bürger – das war ja ursprünglich einmal das Bildungsziel der Bundesrepublik – nur Resignation und der ÖRR oder beharrliches Nachfragen wie beispielsweise bei den 551 Fragen zu Aufgaben und Finanzierung der Nichtregierungsorganisationen in Deutschland.⁵

Je mehr Bürger sich quellenkritisch (!) eigenständig informieren, die staatlich und anderweitig gelenkten Informationen hinterfragen und nicht zuletzt der Spur

des Geldes folgen, desto näher kommen wir echter Demokratie und können die Dinge zum Besseren verändern. Und einzugestehen, dass man nicht alles wissen kann, sowie offen zu bleiben für konträre Diskurse, zeugt von wahrem Wissen und Weisheit. ■

“
„More people are
questioning, and that's all
it takes to change everything.“

(S. Goddek)

„Immer mehr Menschen
stellen Fragen, und das ist
alles, was nötig ist, um alles
zu verändern.“

1 @goddeketal Ein wirklich sehr empfehlenswerter Account auf X. Dr. Simon Goddek, niederländischer Naturwissenschaftler, lebt autark in Brasilien quasi im Exil, nachdem er infolge seiner kritischen Äußerungen zur Corona-Pandemie in den Niederlanden geächtet wurde.

2 <https://apollo-news.net/seit-2020-hat-die-bundesregierung-mindestens-37-millionen-euro-an-medienhuser-gezahlt/>

<https://www.tichyseinblick.de/daily-essentials/faz-stiftung-auswaertiges-amt/>

3 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article148969193/Innenminister-de-Maiziere-Ein-Teil-dieser-Antworten-wuerde-die-Bevoelkerung-verunsichern.html>

4 Mattias Desmet: *Die Psychologie des Totalitarismus*. München 2023, S. 29 f. Ein über diesen Aspekt weit hinausgehend sehr lesenswertes Werk des belgischen Professors für klinische Psychologie (Uni Gent).

5 <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/regierung-antwort-551-fragen-union-ngos>
Das Bundesfinanzministerium hat den umfangreichen Fragenkatalog der Unionsfraktion im Bundestag zur politischen Neutralität von Nichtregierungsorganisationen beantwortet – allerdings zumeist ohne konkrete Angaben. „Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor“, lautet die am häufigsten verwendete Antwort. In anderen Fällen wurde lediglich auf die geltende Rechtslage verwiesen oder beschieden: „Eine Beantwortung ist schon aufgrund der unspezifischen Fragestellung nicht möglich.“



Die Fabel vom fabelhaften Geld

VON VOLKER FREYSTEDT

■ Stellen wir uns eine Insel vor, weit ab im Ozean gelegen. Dort ist alles verfügbar, was die Menschen zum Leben benötigen: Trinkwasser rinnt ausreichend von den Bergen, die Böden sind fruchtbar, das Klima mild, und das Meer liefert Getier im Überfluss. Die Einwohnerzahl wächst im Laufe der Zeit, was dazu führt, dass sich aus der einstigen Selbstversorger-Wirtschaft eine immer stärkere Spezialisierung entwickelt. Baute man zuvor am Morgen an seiner Behausung, ging danach aufs Feld und fuhr am Abend zum Fischen hinaus, so gab es nun Handwerker, Bauern und Fischer, die den ganzen Tag nur ihrer spezialisierten Tätigkeit nachkamen.

Die Folge war, dass der Fischer, wenn er Getreide und Gemüse haben wollte, einen Bauern brauchte, der ihm dafür Fische im Tausch abnahm. Und der Bauer musste, wenn er einen Handwerker benötigte, einen finden, der seine Produkte gebrauchen konnte – oder Fische, die er zuvor vom Fischer bekommen hatte, für die er aber eigentlich keine Verwendung hatte.

Dieser Tauschhandel wurde mit der Zeit immer komplizierter, bis jemand auf die Idee kam, etwas als Vermittlungsobjekt dazwischen zu schalten, das von allen geschätzt und als werthaltig akzeptiert wurde, weil es selten war: Eine bestimmte Muschelart, die nur an einigen wenigen schwer zugänglichen, rauen Felsen vorkam, die es auf der Insel gab. Nur wenige Mutige riskierten Kopf und Kragen, um an diese Muscheln zu gelangen, so dass ihre Anzahl, die auf der Insel im Umlauf war, sehr begrenzt blieb. An den flachen, sandigen Stränden hingegen lagen andere Muscheln millionenfach, nach ihnen bückten sich nicht einmal die Kinder. Damit gab es also auf dieser Insel das, was wir heute GELD nennen – etwas, das allen etwas gilt.

Unwetter

Eines Tages zog ein schweres Unwetter auf, und zwar so plötzlich und unerwartet, dass die Bevölkerung völlig unvorbereitet war. Viele Gebäude wurden beschädigt, ein Teil der Ernten ging verloren, es gab viele Verletzte und sogar einige Tote zu beklagen. Und von

den Fischerbooten, die auf dem Meer vom Unwetter überrascht wurden, kehrte das der Familie Terora nicht zurück. Damit hatte die Familie den Vater und die beiden ältesten Söhne verloren, was für die Frau und die beiden noch jungen Töchter eine schwere Zukunft bedeutete. Die anderen Familien hätten gerne geholfen, doch die meisten hatten selbst unter dem Unwetter gelitten, so dass es nur wenigen möglich war, etwas Unterstützung zu leisten, entweder tatkräftig oder finanziell.

Doch als nach einigen Wochen morgens früh die Sonne aufging, lag das Boot der Terora an seinem Liegeplatz zwischen den anderen Booten! In die überraschte Freude mischte sich Verwunderung: warum sind die Terora ausgerechnet bei Nacht mit ihrem leicht beschädigten Boot durch die nicht ungefährliche Einfahrt in den Hafen gekommen?

Es würde eine Weile dauern, bis der Grund offensichtlich wurde ...

Immer noch war die Bevölkerung damit beschäftigt, die Unwetterschäden zu beseitigen. Doch obwohl die Familie Terora erst nach der Rückkehr der drei Männer mit den Reparaturen beginnen konnte, ging es bei ihnen erstaunlich schnell voran. Sie engagierten die besten Handwerker, sowohl für die Arbeiten am Haus, als auch für die am Boot. Das sorgte für einigen Unmut auf der Insel, denn viele der Handwerker waren eigentlich mit den Aufträgen, die sie von anderen Familien erhalten hatten, noch nicht fertig. Da Familie Terora aber bereit war, mehr zu zahlen als üblich, bekamen ihre Aufträge Priorität. Zusätzlich zu den begrenzten zeitlichen Kapazitäten der Handwerker kam bald verschärfend eine Knappheit bei bestimmten Ressourcen hinzu, u. a. Bauholz, Fensterglas und Metallverbindungen. Auch hier bekamen die Terora ständig was sie benötigten, denn sie boten die höheren Preise.

Spannungen

Das ging so eine Weile, doch es führte zu dauerhaften Spannungen auf der Insel. Den Terora schien

es egal zu sein, dass sie mehr und mehr eine Sonderstellung außerhalb der früheren Solidargemeinschaft einnahmen. Doch auch innerhalb der übrigen Bevölkerung entstand ein Spalt zwischen denen, die von den großzügigen Zahlungen der Terora profitierten, und denen, die durch diese Konkurrenz den Kürzeren zogen. Während es früher keine nennenswerten Unterschiede zwischen dem Wohlstand der einzelnen Familien gab, prosperierten nun einige sehr, was dazu führte, dass auch sie großzügiger mit Geld umgehen konnten, was allerdings zu ständig steigenden Preisen führte. Während dessen hatten andere Mühe, über die Runden zu kommen. Dementsprechend unterteilte sich die Einwohnerschaft immer mehr in Freunde und Gegner der Familie Terora.

Als zwei Jahre nach dem verheerenden Unwetter, mit dem der Wandel begonnen hatte, der älteste Sohn der Terora heiratete – natürlich das schönste Mädel der Insel – bekam das junge Paar als Hochzeitsgeschenk ein Traumgrundstück, und sofort wurden Architekt sowie Handwerker engagiert für den Bau eines Luxushauses. Der zweitälteste Sohn gründete einen Verlag, und die erste Ausgabe der nun wöchentlich erscheinenden „Insel-Post“ war hauptsächlich der Hochzeit und den Bauplänen des älteren Bruders sowie der Großherzigkeit des Vaters gewidmet, der sich nun auch anschickte, für das Amt des Bürgermeisters zu kandidieren. Immer mehr Wahlplakate wurden auf der Insel geklebt.

Bohrende Fragen

Unter denen, die immer stärker das Nachsehen hatten, machte sich zunehmender Unmut breit. Und viele fragten sich: Woher kommt der plötzliche Reichtum der Familie Terora?

Sie waren nach wie vor Fischer, und was sie aus dem Meer holten, war nicht viel mehr als das, was andere Boote heimbrachten. Auch waren die Söhne nicht geschickter als andere beim gefährlichen Muschelsammeln an den Felsen –

ja, eigentlich waren sie nach dem Unwetter, in dem sie zunächst als verschollen galten, überhaupt nicht mehr beim Muschelsammeln gesehen worden! Wie kam es dann, dass sie so großzügig mit Muscheln zahlen konnten?

Diese Fragen ließen Tom und seinem Schwager Pete, beides Handwerker, keine Ruhe. Und so beschlossen sie, abwechselnd der Familie Terora auf den Fersen zu bleiben, ohne dass diese es bemerkte. Einige Tage lang konnten sie nichts Auffälliges beobachten. Ihnen fiel nur auf, dass das Boot wieder einmal länger als üblich nicht von seiner Fahrt zurückkehrte. Offenbar wagten sich die Terora weiter aufs Meer hinaus als die übrigen Fischer. Offenbar hatten sie das Trauma des heftigen Unwetters, das sie so weit hinausgetragen hatte, sehr schnell verarbeitet. Doch eines Nachts, als Pete mit der Observation dran war, sah er das Boot der Terora einlaufen. Er pirschte sich so nah heran, dass er mitzählen konnte, wie viele Kisten Fisch ausgeladen wurden. Es waren nicht mehr als üblich, und das, obwohl sie mehr als doppelt so lange unterwegs gewesen waren. Allerdings war auffällig, wie sich die Terora beim Ausladen verhielten! Sie bemühten sich, so leise wie möglich zu arbeiten, und immer wieder sahen sie sich um. Das weckte natürlich Verdacht bei Pete, und er versuchte, näher an die Kisten heranzukommen, bevor sie abtransportiert wurden. Das gelang so weit, dass er beim Verladen plötzlich bemerkte, dass zwei Kisten, die von den Terora mit besonderer Vorsicht getragen wurden, ein raschelndes Geräusch von sich gaben – was sicher nicht von darin befindlichen Fischen herrühren konnte!

Ein ungeheuerlicher Verdacht

Am nächsten Tag berichtete Pete seinem Schwager Tom von seiner merkwürdigen Beobachtung, und beide grübelten über eine mög-

lichen Erklärung, wobei Tom insgeheim dachte, Pete mit seinem Faible für Detektiv- und Kriminalromane würde da sicher mehr in die Sache hineingeheimnissen als tatsächlich geschehen war.

Doch sie blieben weiterhin wachsam, und bald war es an Tom, einen ähnlichen Entladevorgang zu beobachten. Er wagte sich zwar nicht so nah heran, dass er das verdächtige Geräusch hätte bestätigen können, doch die ganze Heimlichtuerei bei dieser doch eigentlich alltäglichen Arbeit gab auch ihm zu denken. Was befand sich zumindest in einigen der Kisten, das offensichtlich vor anderen verborgen bleiben musste? Es war Pete, dem immer noch das Geräusch präsent war, der es wagte, nach langem Zögern das Ungeheuerliche auszusprechen: Ein Geräusch, dessen Klang ähnlich war dem eines größeren Betrags Muschelgeld in einem Beutel! Beiden stockte bei diesem Gedanken der Atem, und auch Tom musste zugeben, dass es im Moment keine andere Erklärung gab. Was zur nächsten Frage führte: Wo zum Teufel holten die Terora die Muscheln her? Und sofort wurde ihnen klar, dass sie die Antwort nur finden konnten, wenn sie ihr Leben riskierten ...

Tom und Pete waren zwar keine Fischer, doch wie fast alle Familien besaßen sie als Inselbewohner ein Boot. Denn wenn man auf der jeweils anderen Seite der Insel etwas erledigen wollte, war das mit einem Boot praktischer als der



beschwerliche Weg quer über die bergige Insel, auch wenn auf dem Landweg die Distanz geringer war. Man konnte im Boot auch mehr transportieren. Und bei Unwetter war sowieso von beiden Routen abzuraten.

Sie bereiteten ihr Boot also für eine längere Fahrt vor, und behielten die Terora im Auge. Als sich abzeichnete, dass diese wieder auslaufen würden, hinterließen Tom und Pete ihren Familien zwei Zettel, auf denen sie ihnen mitteilten, dass sie etwas ganz Wichtiges zu erledigen hätten, aber bald mit einer großen Überraschung zurück wären! Bis dahin galt: Mund halten!

Fahrt ins Ungewisse

Auf dem Meer hielten sie einen großen Abstand zum Boot der Terora, es reichte ja, dass sie immer wieder mal erkennen konnten, welchen Kurs diese nahmen. Da ihr eigenes Boot kleiner war, hofften sie, dass sie nicht gesehen würden. Außerdem vermuteten die Terora sicher nicht, dass ihnen ausgerechnet diesmal jemand folgen würde.

Die Fahrt dauerte bereits vier Tage und fünf Nächte. Wegen der großen Entfernung, die sie zum Boot der Terora einhielten, konnten sie nicht sagen, ob diese zwischendurch fischten oder nicht.

Doch am fünften Tag tauchte plötzlich eine winzige, flache Insel auf, und das Boot der Terora hielt direkt darauf zu! Tom nahm die Seekarte zur Hand, doch dort, wo sie sich jetzt etwa befinden mussten, war keine Insel eingezeichnet!

Die Entdeckung

Sie fuhren einen großen Bogen, um auf die andere Seite der Insel zu gelangen, und um gleichzeitig zu vermeiden, von den Terora gesehen zu werden, wenn die sich auf den Rückweg machten.

Sie fanden eine Stelle, wo sie gefahrlos anlanden konnten. Die höchste Erhebung dieses Inselchens betrug vielleicht zwanzig Meter, und ihr größter Durchmesser etwa 600 Meter. Sie war nahezu kahl, was darauf hinwies, dass sie erst vor kurzem aus dem Meer

aufgetaucht war. Aber: An einigen Stellen bestand sie aus Felsen, und an denen wimmelte es von Muscheln! Muscheln von genau der Art, die auf ihrer Heimatinsel so beschwerlich zu finden war, was ihr den Rang der Inselwährung eingebracht hatte! Und hier lag das Geld praktisch auf dem Boden, man musste nur zugreifen!

Damit war klar, wie die Terora zu ihrem Reichtum gekommen waren: Der Sturm hatte sie damals abgetrieben, und so hatten sie dieses Inselchen mit seinem Schatz entdeckt. Was ja nicht schlimm gewesen wäre – wenn sie ihre Entdeckung nicht geheim gehalten und sich einen ungerechten Vorteil verschafft hätten! Doch wie würden Tom und Pete sich verhal-

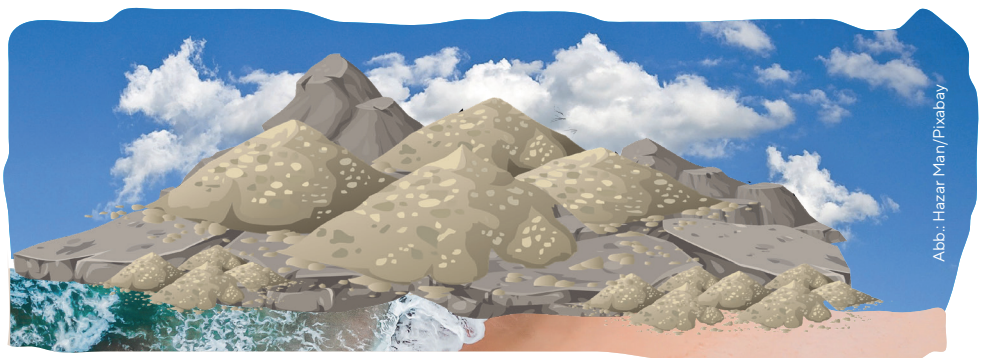


Abb.: Hazar Man/Pixabay

ten, nachdem sie nun ebenfalls von etwas Kenntnis hatten, das ihnen einen Vorteil gegenüber dem Rest der Bewohnerschaft verschaffte?

Ganz klar: Die Geschichte ist hier noch nicht zu Ende, doch sie weiter zu erzählen ist Sache jedes Lesers. Es stecken so viele mögliche Varianten darin, dass es doch schade wäre, die Phantasien dadurch einzugrenzen, dass ich hier eine davon vorgebe.

Und die Moral von der Geschichte?

Aber was eine Fabel unbedingt abrunden muss, ist die Moral der Erzählung: Das, was die Familie Terora auf Grund des Unwetters entdeckt hatte, war sozusagen die Gelddruckmaschine, mit der es ihnen möglich wurde, die Geldmenge auf ihrer Insel Schritt für Schritt zu erhöhen. Und zwar stärker als Einwohnerzahl und Produktivität wuchsen. Sie hatten im Verborgenen quasi die Rolle einer Zentralbank übernommen. Und

es entstand das, was man Inflation nennt: Die Preise stiegen, wenn auch für unterschiedliche Produkte und Dienstleistungen unterschiedlich stark. Die Terora hatten damit selbstverständlich kein Problem, und diejenigen, die für die Terora arbeiteten oder ihnen Waren lieferten, kamen auch noch ganz gut zurecht. Der Rest aber konnte seine Waren nicht im gleichen Tempo verteuern oder höhere Lohnforderungen durchsetzen, wie es die Inflationsrate erfordert hätte. Sie stiegen auf der Wohlstandsleiter ab. Was nach und nach dazu führte, dass einige ihre Häuser und Ländereien an die Wohlhabenden verkaufen mussten, von nun an zur Miete wohnten und Landwirtschaft auf gepachtetem Grund

betrieben. Dafür, dass dies auch in Zukunft so bliebe, sorgte der Bürgermeister, und dass dieser sein Amt behielt, besorgte dessen Sohn mit seiner „Insel-Post“. Kein Zustand, der für alle zufriedenstellend hätte sein können, weshalb es zu ständigen Spannungen und Auseinandersetzungen kommen musste.

Wer einen anderen, gerechteren Ausgang dieser Geschichte wünscht, müsste ein Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel finden, das nicht beliebig vermehrt werden kann. Dies Problem wurde bisher gelöst, indem man sich an einem wirklich seltenen und schwer zu beschaffenden, dafür aber unverwüstlichen Material orientierte: GOLD! Alle anderen Zahlungsmittel, wie Silber- oder Kupfermünzen und später auch Papiergeld, die zur Erleichterung des Austausches eingeführt wurden, orientierten sich lange Zeit letztlich am Gold. Wie stabil Gold über lange Zeiten geblieben ist, zeigt

dies: Für eine Unze Gold konnte sich ein Römer vor 2000 Jahren ebenso wie ein Engländer im 18. Jahrhundert einkleiden lassen, und auch heute kann man damit zum Maßschneider gehen. Dass der Preis für Gold sich verändert, liegt am Kaufkraftverlust des Papiergeldes, von dem immer mehr aus der Druckerpresse kommt.

Im digitalen Zeitalter ist nun ein neues Wertaufbewahrungs- und Tauschmittel entstanden: Bitcoin (BTC).* Im Gegensatz zu allen anderen sogenannten „Kryptowährungen“ ist Bitcoin wirklich begrenzt – nie wird es mehr als 21 Millionen BTC geben. Diese Knappheit ist nicht politisch oder technisch manipulierbar, sondern mathematisch garantiert. Hinter Bitcoin steht kein Unternehmen, keine Regierung, kein Zentralorgan – sondern ein offenes, dezentrales Netzwerk und ein durchdachtes Protokoll.

Wer also nach einem nicht inflationierbaren, unabhängigen digitalen Gegenstück zum physischen Gold sucht, findet mit Bitcoin eine überzeugende Alternative – vielleicht sogar mehr als das: eine Revolution des Geldes. ■

Gute Informationen zu BTC

Sachbuch – Friedrich: *Die größte Revolution aller Zeiten*. FinanzBuch Verlag, 30 Euro, ISBN 3959724063

Roman – Betz: *Mieses Geld*. Aprycot Media, 26 Euro, ISBN 394909847X

Videos: www.youtube.com/watch?v=voOGLxesKoo

* Siehe zu BTC auch die Artikel in UNZENSIERT 26 (7/2023) und UNZENSIERT 37 (6/2024), nachzulesen im Online-Archiv unter <https://unzensiert-allgaeu.de/>



Illustration: Augusto Ordóñez/Pixabay

VON TANJA WILHELMUS

■ **Ihr habt Recht**, wenn ihr sagt, wir seien Verschwörungstheoretiker. Denn genau das tun wir: Wir sehen eine Verschwörung – und wir haben eine Theorie dazu. So wie einst ein Typ namens Darwin: Der sagte, es gebe eine Evolution – und hatte auch 'ne Theorie. Heute steht er in jedem Biobuch. Und ganz ehrlich: Seine Theorie klingt stellenweise eher nach „Elefant tanzt mit Amöbe auf dem Rücken eines Schildkröten-Ameisenbärs“. Aber das nur am Rande.

Ihr habt auch Recht, wenn ihr uns „Öko-Tanten“ nennt. Denn irgendjemand muss euch ja mal den Vogel zeigen, wenn ihr drauf und dran seid, das Haus zu sprengen, in dem ihr selbst wohnt. Nennt es Ökologie. Nennt es Menschenverstand.

Ihr habt sogar Recht, wenn ihr uns „rechtsextrem“ schimpft – denn wir gehen oft den rechten Weg, den geraden, aufrichtigen, den zum Wohle aller. Dass ihr „rechts“ automatisch mit Hass und Ausgrenzung verwechselt – nun, das ist euer Film, nicht unserer.

Ihr habt auch Recht, wenn ihr sagt, wir seien Systemfeinde. Ja, sind wir. Aber wir sind Menschenfreunde. Das eine schließt das andere nicht aus.

Und wenn ihr uns Esoteriker nennt – Danke! Denn „esoterisch“ bedeutet wörtlich: inneres Wissen. Wissen, das nicht jeder sehen will. Vielleicht, weil es unbequem ist. Vielleicht, weil es frei macht.

Ihr habt Recht, wenn ihr uns „abnorm“ nennt – und das macht uns stolz. Denn wer will schon in eine genormte Schublade passen? Schuhkartons sind was für Schuhe, nicht für Seelen.

Ihr habt Recht, wenn ihr sagt, wir seien nicht ganz dicht. Das stimmt. Wir sind licht, nicht dicht. Und das macht den Unterschied.

Ihr habt Recht, wenn ihr sagt, wir seien verrückt. Denn ja – wir sind verrückt. Ein Stück verrückt aus der Masse. Und von dort aus sieht man besser.

Ihr nennt uns Randgruppen? Gerne. Denn vom Rand aus sieht man, wie der Brei in der Mitte vor sich hinblubbert. Und wir sind lieber Randnotiz mit Tiefe als Hauptmeldung mit Hohlraum.

Aber am meisten habt ihr Recht, wenn ihr sagt: „Ihr seid Unruhestifter.“ Denn das sind wir. Wir sind die, die sich nicht stillstellen lassen. Nicht mit Brot. Nicht mit Spielen. Nicht mit Ablenkung. Wir sind die, die aufstehen, wenn andere sich setzen. Die, die aufzeigen, wo andere wegblicken. Die, die ihren Kindern und Enkeln in die Augen schauen können und sagen: „Wir wussten es. Und wir haben gehandelt.“

Und weiß Gott – das kann nicht jeder von sich behaupten.

Gerne darf man uns teilen
@Neuzeit_Spirit ■

Impressum:
V.i.S.d.P.: Herbert Mayer
Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten
www.unzensiert-allgaeu.de
Titelabbildung: Mohamed Hassan/Pixabay
Sie möchten „UNZENSIERT“ als PDF-Datei?
Sie wollen eine Anzeige schalten?
Sie können uns beim Verteilen helfen?
Schreiben Sie uns: UNZ.magazin@posteo.de
Fremdbeiträge geben immer die Meinung des Verfassers wieder.
Alle Links waren zum Zeitpunkt der Drucklegung aktiv. Inhalt und Verfügbarkeit der Quellen ohne Gewähr.

re:vision
VERLAG UND REDAKTION



Abbildung: Unzensiert/KI

Rentner-Recycling: Von alten Säcken und ihrer Zählebigkeit

VON HERBERT MAYER

■ **Sozialverträgliches Frühableben** war 1998 das Unwort des Jahres. Damit brachte der damalige Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, die Gesundheits-Reformpläne der Regierung Schröder auf den Punkt. Weitere Einsparungen führten zu Leistungs- und Qualitätskürzungen zu Lasten der Menschen in ihrem letzten Lebensjahrzehnt.

Vilmar sagte sarkastisch: „Dann müssen die Patienten mit weniger Leistung zufrieden sein, und wir müssen insgesamt überlegen, ob diese **Zählebigkeit** anhalten kann, oder ob wir das sozialverträgliche Frühableben fördern müssen.“ Auf die Nachfrage, ob die Pläne der Regierung zu einem früheren Tod von Patienten führen würden, meinte Vilmar: „Wird diese Reform so fortgesetzt, dann wird das die zwangsläufige Folge sein.“

Wer dachte, diese Denkweise sei schon lange vom Tisch, sollte kurz auf die Coronajahre zurückblicken. Für viele alte Menschen in Pflegeeinrichtungen bedeutete die rigorose Umsetzung der Maßnahmen durch die Behörden den

Tod. Gestorben an Einsamkeit und Vernachlässigung oder falscher Behandlung. Ableben ja, sozial mit Sicherheit nicht.

Wenn man die Alten schon nicht alle um die Ecke bringen kann und sie die Unverschämtheit besitzen, noch viele Jahre Rente zu kassieren, dann sollten sie wenigstens zu irgendetwas nütze sein und wenn's nur für den Staat ist, der ihnen ja notgedrungen das Altwerden auch noch finanzieren muss. Wer das auf den ersten Blick sarkastisch und überspitzt findet, muss sich nur die Pläne anschauen, die immer wieder von staatlich mitfinanzierten Denkfabriken und NGOs kommen. So zuletzt von der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“. In einem Interview mit dem Nachrichtensender WELT.TV äußerte sich deren Geschäftsführer Jörg Tremmel.

Die „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“, eine ursprünglich im grünen Umfeld (!) entstandene Initiative, wehrt sich indirekt gegen die Ansprüche der „Alten“. „Die Belastungen durch die ältere Generation, sind so groß, dass sie der jüngeren die Chancen zu einem erfüllten Berufsleben mit adäquaten Verdiensten verbauen.

Die Leistungen sind deshalb einzuschränken, um so die jüngere Generation zu entlasten und deren Chancen entscheidend zu verbessern.“

Professoren mit 5000 Euro Pensionsanspruch ohne eigene Beitragsleistung erzählen uns, dass der Staat die 800 bis 1000-Euro-Renten nicht mehr bezahlen könne. Sie sprechen von sich linear erhöhender Lebenserwartung, als Grund für die nicht mehr bezahlbaren Renten. Welchen Unsinn sie damit in die Welt setzen, ist kaum zu beschreiben. Linear würde (ohne nachzurechnen) bedeuten: Menschen in 500 Jahren werden alle ca. 350 Jahre alt. Die höhere Lebenserwartung war in der geringeren Säuglingssterblichkeit begründet. Mit der mRNA-Impfung sank die Geburtenrate in den letzten Jahren dramatisch. Dies gibt zu befürchten, dass die Renten in Gefahr geraten. Aber zu Corona-Zeiten war von dieser dubiosen Stiftung nichts zu hören. Dabei sind es die jungen Menschen, die in dieser Zeit sehr gelitten haben und Unterstützung gebraucht hätten und die heute vermehrt unter den Folgen leiden durch Schlafstörungen, psychische Probleme, Ängste und mangelnde Zukunftsperspektiven.

Wer das Rentensystem in diesem Land ansieht, erkennt sehr schnell, dass es zu viele gibt, die überhaupt nicht in diese Kassen einbezahlen. Und noch mehr, die der Staat finanziert und dazu auch vor den Griffen in die Rentenkassen nicht zurückschreckt. So wird es zwar nicht als Rente deklariert, belastet den Steuerhaushalt deshalb nicht weniger: Migranten, Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die z.T. schon mit 57 Jahren „Ruhegelder“ beziehen können, Kriegs- und Rüstungsausgaben, Unsummen für EU, WHO, UN, NATO oder die schier unüberschaubare Zahl von NGOs und sogenannten Denkfabriken. Kurz: Das Geld war und wäre schon immer da, wenn es sinnvoll eingesetzt würde.

Herr Tremmel und seine Stiftungs-Mitstreiter sollten lieber dafür sorgen, dass alle arbeitsfähigen jungen Menschen, die arbei-

ten wollen und können, ein adäquates Ausbildungs- und bezahltes Tätigkeits- und Berufsfeld vorfinden. Das wäre die beste Form der Generationengerechtigkeit. Mit anderen Worten: Wenn die junge Generation sicher sein könnte, eines Tages (der schneller kommt, als sie denken), ein ausreichendes Alterseinkommen zu erhalten, gäbe es die angesprochene Problematik gar nicht.

Bezeichnenderweise kommen die Vorschläge immer von der Klientel, die sich in der Regel mit Steuergeldern aushalten lässt. Wenn die Politiker oder Stiftungsräte erst einmal 30, 40 oder gar 50 Jahre Arbeit hinter sich hätten, kämen derartige Vorschläge sicher nicht. Es zeugt von einer menschenverachtenden Sichtweise und einer Abgehobenheit, die zum Himmel schreit. Nun könnte man diese Vorschläge als das abtun, was sie sind: absurd und widerwärtig. Aber diese Menschen werden mit Steuern finanziert und sehen ihre einzige Aufgabe darin, die Menschen zu drangsalieren, zu maßregeln und ihnen das Leben zu erschweren. Deshalb muss die Forderung lauter werden, diesen NGOs und allen sonstigen Zöglingen der grün durchgesetzten Politik das Wasser abzugraben, jede staatliche Finanzierung zu entziehen und die Mitarbeiter zu regulärer Arbeit zu zwingen. Dann wäre solcher Nonsens schnell vom Tisch. Lesen Sie die Transkription dieses Interviews:

Moderatorin: Die „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ hat einen sozialen Dienst für Senioren gefordert. Die jüngere Generation leistet viel, während viele noch fitte Senioren die Beine hochlegen, so der Forscher. Wer eine Wehrpflicht oder ein soziales Pflichtjahr für junge Menschen einführe, müsse die ganze Gesellschaft in die Pflicht nehmen. Da fragen wir nach. Aus Stuttgart ist mir zugeschaltet Jörg Tremmel, er ist der Geschäftsführer „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“. Ich grüße Sie ganz herzlich. Was halten Sie von einem Pflichtdienst für Senioren?

Jörg Tremmel: Viel, also nicht nur für Senioren, sondern für alle Generationen. Also, ich denke, dass nicht nur die Jüngeren **die Verteilungsfähigkeit unseres Landes und andere soziale Aufgaben** sicherstellen müssen, sondern z. B. auch Babyboomer, solange sie noch fit genug sind. Die Stiftung Generationengerechtigkeit spricht sich eben für eine gesellschaftliche Pflichtzeit aus, die generationengerecht ist und das bedeutet, dass nicht nur gerontokratisch die Älteren den Jüngeren sagen, ihr macht das mal, sondern, dass sich alle Generationen daran beteiligen.

Moderatorin: Was ist denn für Sie ein fitter Senior? Und wie beweist er, ob er fit ist oder nicht?

Jörg Tremmel: Also, wir sehen einfach bei der Babyboomer-Generation, das sind ungefähr die Jahrgänge 1955–72, dass sehr viele jetzt den Seitenwechsel [vollziehen], vom Arbeitsleben rausgehen in den Ruhestand reingehen und dann aber doch noch eine sehr lange Restlebenserwartung haben, über 20 Jahre, die dann zum größten Teil doch **mit Urlaubsreisen und mit anderen schönen Dingen verbracht wird**.

Aber davon könnte man eben auch noch ein Jahr für die Gesellschaft aufbringen. Also, wir wollen eigentlich, dass Menschen einen Pflichtdienst von zwei Jahren im Laufe ihres gesamten Lebens machen müssen. Idealerweise ein Jahr nach dem Ende der Schule und ein Jahr nach dem Ende des Arbeitslebens.

Moderatorin: Nochmal die Nachfrage, wie bewerten Sie, wie wol-

len Sie feststellen, dass jemand fit genug dafür ist? Und warum spielt die Lebensleistung, die man bis dahin erbracht hat, keine Rolle?

Jörg Tremmel: Also, es ist genauso wie bei jungen Menschen und bei Menschen jeden Alters. Man kann sich natürlich von so einem Pflichtdienst befreien lassen mit einem Attest. Das stellt ein Arzt fest und damit weiß man, ob jemand fit ist oder nicht. Die Lebensleistung der Älteren spielt eine Rolle, aber das Leben ist eben nicht zu Ende. Das ist ja gerade diese **fehlende Einschätzung der Restlebenserwartung. Wenn man 65 ist und gearbeitet hat, dann hat man noch nicht sein ganzes Leben gearbeitet. Dann hat man noch nicht einen Anspruch, dass der Staat einen dann noch 25 Jahre alimentiert**. Sondern es gibt eben noch ...

Moderatorin: ... Warum nicht? Warum hat man diesen Anspruch nicht, Verzeihung? Wieso hab ich diesen Anspruch nicht? Also, ein Großteil der von Ihnen genannten Jahrgänge geht mit 67 Jahren erst in Rente. Da fängts schon mal an, nicht mit 65. Und wieso habe ich dann, wenn ich mit 67 in Rente gehe, keinen Anspruch darauf, diese Restlebenszeit, die mir noch bleibt, auch zu genießen.

Jörg Tremmel: Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt laut Statistik im Moment bei 64 Jahren.

Moderatorin: Im Moment.

Jörg Tremmel: Sie kommen jetzt immer höher.

Moderatorin: Im Moment. Aber die Generation die sie ansprechen, wird mit 67 in Rente gehen.



Abbildung: Unzensuriert/Ki

Jörg Tremmel: Die Generation, die ich anspreche, geht gerade in Rente. Die rentennahen Jahrgänge 1955–1972 gehen in den nächsten 15 Jahren in Rente und das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt bei 64 Jahren. Das steigt jetzt mit der Riestertreppe bis 2031 dann bis 67 an. Aber das ist doch eine große Restlebenserwartung. Und das ist auch in der Statistik eigentlich unumstritten.

Moderatorin: Nochmal deshalb aber nachgefragt: Wieso gönnen Sie diesen Leuten nicht ihre Rente?

Jörg Tremmel: Weil diese Rentenversprechen zu einer Zeit gemacht wurden, als wir eine völlig andere Demographie hatten, als wir sie heute haben. Wir hatten einen ganz anderen Rentnerquotienten, das heißt, damals gab es viel mehr Jüngere, die die Älteren hätten finanzieren sollen. Jetzt fehlt aber ein Drittel der Nachfolgegeneration. Und wenn sich nun mal die Welt grundlegend ändert, weil sich die Demographie grundlegend ändert, dann müssen sich auch die Rentengesetze ändern.

Moderatorin: Aber wieso wollen Sie es als Pflicht? Fragen Sie oder bitten Sie doch einfach, ob jemand bereit ist, das zu tun.

Jörg Tremmel: Also, es geht im Moment bei der Debatte einfach nur darum, die Jüngeren in die Pflicht zu nehmen. Es geht ja bei den Vorschlägen nicht mehr darum, einen freiwilligen Dienst zu machen, sondern es wird gesagt, es reicht nicht mehr aus, wir müssen z. B. die Wehrpflicht wieder einführen. Aber ich denke, wenn man das macht, dann muss man es erstens für Männer und Frauen machen, und man muss es auch für beide Generationen machen. Ich bin im Übrigen sicher, dass ein Bürgerrat, der gefordert wird, genau zu den gleichen Vorschlägen käme.

Moderatorin: Warten wirs ab. Ich bin sehr gespannt, wie sich die Debatte weiterentwickelt und ob wir am Ende tatsächlich 70-, 75-Jährige haben, die in welcher Form auch immer, dann hier noch aktiv sozial mithelfen.

https://t.me/ostseekrabbe_mv/1156



VON CHRISTEL BECK

■ „Volks- und Raiffeisenbanken verschicken derzeit Briefe, in denen sie ihre Kunden mit Kündigungsdrohung auffordern, neuen Geschäftsbedingungen zuzustimmen. Um zu erfahren, wie diese lauten, muss man einen QR-Code scannen, um zuzustimmen ebenfalls. Millionen Deutsche, vor allem ältere Menschen, Seh- und Bewegungseingeschränkte, nutzen kein Smartphone.“ Dies vermeldete Norbert Häring am 22. Juli 2025 auf seinem Blog <https://norberthaering.de>.

Ich bin eine davon. Zwar gehöre ich noch zu den „jungen“ Alten und bin körperlich nicht eingeschränkt, aber ich habe kein Smartphone und ich will auch keines. „Man muss doch ein bisschen mit der Zeit gehen“, sagte mir vor einiger Zeit eine Freundin, selbst schon einige Jahre älter und auf sämtlichen Plattformen der neuen Kommunikation unterwegs. Muss man? Muss ich?

Ich möchte nicht ständig erreichbar sein. Den Anblick von Menschen im Straßenbild, die den Blick auf ihr Smartphone gerichtet über den Zebrastreifen gehen und eifrig vor sich hinreden, finde ich einfach nur lächerlich. Ich möchte keine Apps installieren, von denen ich nicht im mindesten abschätzen kann, welchen Bedingungen ich hier zustimme. Die Datenspur, die ich per PC im Internet hinterlasse, reicht mir bei Weitem. Und ich sehe die Verwendung des Smartphones beileibe nicht als „ressour-

censparend“ an, wie es die VR-Bank so Beifall heischend formuliert. (Der ökologische Rucksack eines Smartphones beträgt 75 kg und ist damit fast 750-mal schwerer als das Gerät selbst.¹ Von der Gewinnung und dem Verbrauch seltener Erden ganz zu schweigen.) Außerdem kenne ich inzwischen mehrere elektrosensible Menschen, deren Argumente ich für sehr bedenkenswert halte. Ich möchte meine Strahlenbelastung also nicht vergrößern durch ein Gerät, das ich ständig online bei mir trage.

Aber im Alltag wird es natürlich zunehmend umständlicher, ohne Smartphone zurechtzukommen. Nun, den neuen Geschäftsbedingungen der Bank werde ich, wie es aussieht, zustimmen müssen, will ich nicht den Aufwand auf mich nehmen, eine neue Bank zu suchen. Wo es vermutlich ähnliche Vorgaben geben wird. Als Zumutung empfinde ich das Vorgehen der VR-Bank allerdings schon. (Und das werde ich der Bank gegenüber auch deutlich zum Ausdruck bringen.) Um konkret zu erfahren, welche Änderungen in Kraft treten, muss ich zur Bank gehen, wo „die Unterlagen selbstverständlich ... zur Einsicht bereit [stehen]“.

Ist das nun Digitalzwang? Der gemeinnützige Verein Digitalcourage e.V. (digitalcourage.de) hat sich an eine Definition gewagt und unterscheidet sehr genau:

„Digitalzwang liegt vor, wenn:
– ... die Dienstleistung technisch auch analog realisierbar wäre, aber nicht angeboten wird.



Abbildung: Gerd Altmann/Pixabay

- ... es sich nicht um einen Extra-Service handelt und ein Verzicht die Teilhabe am öffentlichen Leben einschränkt, besonders bei Leistungen des Staates und der Grundversorgung.
- ... eine vorhandene analoge Alternative so unattraktiv ist, dass sie faktisch nicht in Frage kommt.“²

Nun, das Maß des Zwangs (in diesem Fall nun eher ein Smartphone-Zwang) hängt also davon ab, ob man es zumutbar findet, eigens dafür zur Bank zu gehen, oder nicht.

Nicht immer ist die Benachteiligung für die Digitalisierungsskeptiker so offensichtlich wie hier. Digitalcourage unterscheidet verschiedene Ebenen des Zwangs:

- **Digitalisierungszwang:** Es gibt keine analoge Alternative mehr. Ohne Smartphone oder PC werden Sie aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt.

- **App-Zwang:** Sie brauchen eine App, die nur zu bestimmten Bedingungen installierbar ist (Smartphone-Besitz, Wahl des Betriebssystems, Zugang zum App-Store, Tracker, Datenzugriff).
- **Kontozwang/Accountzwang:** Sie können einen Dienst nur nutzen, wenn Sie sich ein Konto anlegen und dazu Angaben zu Ihrer Person machen. Liegt auch vor, wenn zur Installation einer bestimmten App (App-Zwang) ein Google- oder Apple-Konto vorausgesetzt wird.
- **Datenabgabewang:** Ein Dienst ist nur verfügbar, wenn Sie bereit sind, Überwachungstechnologien wie Tracker und Cookies zu akzeptieren.

Diese drei Abstufungen App-Zwang, Kontozwang, Datenabgabewang sehen viele Digitalisierungsverfechter nicht. Wie überhaupt viele das Abgreifen von Daten noch immer nicht für wirklich bedenklich halten – „Geht halt nur so.“ „Kostet doch nix.“ „Ich hab’ doch nichts zu verbergen“ – Diese Einstellung kann jedem unbenommen bleiben. Aber es darf keinen Zwang dazu geben.

Digitalcourage: „Prinzipiell gilt: Je größer der Nachteil ist, der Ihnen gegenüber der digitalen Lösung entsteht, desto größer ist auch der Digitalzwang – insbesondere wenn es um Teilhabe am öffentlichen Leben geht. Ganz besonders Leistungen im Bereich des Staates und der Grundversorgung müssen immer auch eine analoge Alternative beinhalten.“³

Mir drängt sich der Eindruck auf, dass ein Leben ohne Smartphone so unattraktiv wie möglich gemacht werden soll. Digitalisierung macht vieles einfacher und ist in mancher Hinsicht sicher nützlich, aber es darf keinen Zwang geben – auch nicht durch die Hintertür. Ich auf jeden Fall werde versuchen, weiterhin ohne Smartphone unterwegs zu sein. In diesem Sinne hat der Verein Digitalcourage eine Petition aufgesetzt, die diese Wahlfreiheit im Grundgesetz verankern möchte. Ich habe sie unterzeichnet: ■

<https://civi.digitalcourage.de/recht-auf-leben-ohne-digitalzwang>

1 <https://diagnose-funk.org/aktuelles/artikel-archiv/detail?newsid=1902>

2 <https://digitalcourage.de/digitalzwang#was>

3 Ebd.

ZUR GRENZENLOSEN DIGITALISIERUNG UND 5G

„Ich möchte meine Strahlenbelastung also nicht vergrößern, durch ein Gerät, das ich ständig online bei mir trage.“

ANZEIGE

Finanzschurken jetzt stoppen:



Über 90 % aller **Lebens- und Rentenversicherungen** richten durch überhöhte verdeckte Kosten gewaltige Schäden im Kundenvermögen an!

Monat für Monat – Jahr für Jahr zwacken sie heimlich Gelder aus deinem Vertragsguthaben ab – und das völlig legal!

Glaubst Du nicht?

Dann vergleiche einfach Dein aktuelles Vertragsguthaben lt. letztem Jahreskontoauszug („jährliche Mitteilung“) mit der Summe aller eingezahlten Beiträge.

Das Ergebnis? Oft **SCHOCKIEREND!**

Selbst nach über 15 Jahren ist das Vertragsguthaben geringer als die Summe aller Einzahlungen!

Erfahre, wie Du die Kosten ab sofort um mindestens 10.000 € zusätzlich für Dein späteres Altersvermögen sicherst.

Ich freue mich auf Deine Nachricht.

BERND FUHRMANN
betriebliche und private Vermögen

Provisionsfreie Beratung
Finanzgutachten

www.bernd-fuhrmann.de
Am Sonnenbichel 9
D-87600 Kaufbeuren
Telefon: 083 41-142 42





Hitzeschutzplan: Das Unwort des Jahres

VON HERBERT MAYER

■ Das Wort „Hitzeschutzplan“ müsste als Favorit für das Unwort des Jahres gelten. Zumindest als Unsinn des Jahres. Allorts sind Aktionsgruppen, Arbeitsgemeinschaften, Stadt- und Landschaftsplaner, die Feuerwehren und Wasserwerke damit beschäftigt, Hitzeschutzpläne für die Bevölkerung auszuarbeiten und vor dem hitzebedingten Untergang zu warnen. Federführend ist das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), das auch den „Bundesweiten Hitzeaktionstag“ einführt. Auf der Internetseite des BMG liest man:

„Das BMG legt drei neue Hitzeschutzpläne vor, um besser auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitzewellen reagieren zu können. Mit ihnen wird der „Hitzeschutzplan Gesundheit“ um die Bereiche Sport, Apotheke und

psychotherapeutische Praxen erweitert.

Mit den Hitzeschutzplänen sollen die Bürgerinnen und Bürger über die gesundheitlichen Risiken von Hitze informiert werden. Dabei steht vor allem der Schutz der Menschen im Vordergrund, für die ein erhöhtes Gesundheitsrisiko besteht. Dazu zählen insbesondere ältere Menschen, chronisch Kranke, Schwangere, kleine Kinder und Sporttreibende. Die Musterhitzeschutzpläne sind Empfehlungen, um gerade diese Personengruppen vor Hitze zu schützen und zu sensibilisieren.“¹

Betrachtet man das Bestreben der Bundesregierung, so wird deutlich, sie halten uns alle für bekloppt. So wird z. B. auf 14 Seiten den Verantwortlichen für den Sportbetrieb erklärt, was sie alles zu beachten haben. Mit sieben, bzw. acht Seiten müssen Apotheken oder psy-

chotherapeutische Praxen auskommen. Ich will dem geneigten Leser diese Inhalte ersparen, jeder kann sie auf der Homepage des BMG nachlesen. Man fragt sich natürlich, warum man dann eine Fußballweltmeisterschaft der Clubs bei 40 Grad Hitze in den USA durchführt oder eine Weltmeisterschaft in Katar? Oder kann es sein, das Bewohner südlicher Länder das völlig anders sehen und unseren Politikern längst einen Vogel zeigen. BMG:

„Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) zählen Sporttreibende zu den besonders betroffenen Risikogruppen für klimabedingte Gesundheitsrisiken. Gemeinsam mit der Medizinischen Fakultät Mannheim, der Universität Heidelberg, dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG) e.V. wurde auf Initiative des BMG deshalb ein Musterhitzeschutzplan für den organisierten Sport erarbeitet, um alle Zielgruppen im Breitensport vor hitzebedingten Gesundheitsrisiken besser zu schützen. Vereinen und Verbänden soll dieser Plan helfen, Sporttreibende, hauptamtlich Mitarbeitende und freiwillig Engagierte, z. B. Trainerinnen und Trainer, Kampfrichterinnen und Kampfrichter, Funktionäre und Servicekräfte, ebenso wie Zuschauerinnen und Zuschauer vor hitzebedingten Gesundheitsrisiken zu schützen.“

Verwundert fragt man sich, warum jetzt die vulnerablen Gruppen, sprich ältere Menschen mit Vorerkrankungen oder Kinder und Schwangere so geschützt werden müssen, während man diesen Menschen in der Coronazeit bei 30 Grad eine Maske aufzwang. Warum mussten Kinder und Jugendliche beim Sport auch bei sommerlichen Temperaturen seinerzeit Masken tragen!? Woher kommt die plötzliche Sorge um deren Gesundheit, wenn sie noch vor nicht allzulanger Zeit den gleichen Verantwortlichen völlig egal war?

Interessant ist es, festzustellen, welche Maßnahmen vorgeschla-

gen werden. In fast allen größeren Städten herrschten im Vorfeld dieses Sommers rege Aktivitäten. Von Hitze-Notfallplänen ist die Rede und immer ist das Klimaschutzmanagement der Städte aktiv. So heißt es in der Kemptener Presse z. B., dass das Klima in der Alpenregion um 2,4 Grad gestiegen sei, schneller als anderswo. Woher die Zahlen stammen, wie sie ermittelt wurden: Fehlanzeige. Quellen dazu werden nicht genannt. Aber das ist auch nicht gewollt. Es geht um Panik. Den Menschen soll der Klimawandel drastisch vor Augen geführt werden. Und während man im Allgäu im Juli dieses Jahres überlegt hat, ob man die Heizung wieder anstellt, können die Verantwortlichen der Stadt einen derartigen Popanz aufführen.

So wird ein Katalog erstellt, der skurriler nicht sein könnte und der tatsächlich lesenswert ist (Auszug).

Allgemein:

- Info-Flyer erstellen, wo kühlere Orte in der Stadt sind.
- Social-Media-Kanäle der Stadt nutzen.
- Hitzewarnungen von Smart City-Infotafeln beachten
- Bierdeckel mit Infos bedrucken

Risikogruppen:

- Frühwarnsysteme nutzen
- Veranstaltungen ggfs. rechtzeitig absagen
- Hitzetelefon und Hitzepartnerschaften für die Nachbarschaftshilfe nutzen

Infrastruktur:

- Bäume erhalten
- Innenstadtbegrünung
- Für Schatten auf Parkplätzen sorgen
- Dach- und Fassadenbegrünung

Notfallplanung:

- Kühle Räume für die Bevölkerung öffnen
- Wassersparmaßnahmen festlegen
- Brand- und Katastrophenschutz einbeziehen
- Tipps aus südlichen Ländern beherzigen

Über Jahre hinweg kann man feststellen, dass Plätze in den Innen-

städten zugepflastert und Bäume gefällt wurden. Und wir schaffen zu allem Überfluss unendlich viele neue Wärmequellen in den Städten. Wer die Massen an dunklen Solardächern sieht, deren Oberflächen sich massiv erwärmen, wer die gigantische Zahl an Handys zählt und die riesige Menge an batteriebetriebenen Geräten registriert, die alle Wärme abgeben, muss sich doch nicht über ein gefühlt wärmeres Innenstadtklima wundern.

Dazu kommt aber eine Grundüberlegung: Wie entmündigt der Staat seine Bürger? Welche Maßnahmen und Formulierungen kommen schon einer Verdummung im höchsten Stadium gleich. So zeigt der Hitzeschutzplan für die Psychotherapeutische Praxis folgendes:

„Hitze stellt auch eine Gefahr für die psychische Gesundheit dar. Ziel des gemeinsam mit der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) entwickelten Musterhitzeschutzplans ist es, Psychotherapeutinnen und -therapeuten darin zu unterstützen, Patientinnen und Patienten über Hitzegefahren aufzuklären, zur Selbstfürsorge an heißen Tagen anzuregen und den Schutz vor Hitze in ambulanten Praxen für Patientinnen und Patienten und Mitarbeitende zu erhöhen.“

Mehrmals muss sich der Bürger angesichts dieser Vorgaben fragen: Hä? Wo sind wir hingekommen? Besteht die Bevölkerung nur noch aus Dummies, denen man den Umgang mit Messer und Gabel noch erklären muss und denen man von amtlicher Seite quasi bestätigt, wie bescheuert sie sind?

Für ähnlich bekloppt hält man offensichtlich Apotheker. Ihr Maßnahmenkatalog liest sich dementsprechend:

„Apotheken kommt beim Hitzeschutz eine besondere Bedeutung zu: Als niedrigschwellige Versorgungseinrichtungen und wohnortnahe Anlaufstellen tragen sie wesentlich zur Gesundheitsversorgung bei und sind daher auch

in hitzebedingten Ausnahmesituationen von großer Relevanz. [...] Der gemeinsam mit der Bundesapothekerkammer (BAK) in Zusammenarbeit mit KLUG e.V. erarbeitete Musterhitzeschutzplan für Apotheken als Bundesempfehlung soll Apotheken bei der Implementierung von diesen und weiteren Hitzeschutzmaßnahmen unterstützen. Ziel ist es, sowohl die Sicherheit und Gesundheit der Patientinnen und Patienten als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten [...]“

Deutschland wäre nicht Deutschland, wenn sich nicht für alles Organisationen, NGOs, Gremien, Vereine, Arbeitsgemeinschaften und andere Willige finden würden, die jeden Unsinn der Bundesregierung willig umsetzen und dafür natürlich auch finanziell gefördert werden. Zum Beispiel eine 80- bis 90-prozentige Übernahme der Kosten durch den „KfW-Zuschuss 444²“ (Natürlicher Klimaschutz in Kommunen). Deshalb kann auch in Kommunen immer weiter und weiter entwickelt werden, ohne die Sinnhaftigkeit jemals zu hinterfragen. Man kann sich eigentlich nur an den Kopf fassen. So werden Maßnahmen des „Hitzeschutzplans Gesundheit“ weiterentwickelt und NGOs finanziell gefördert, die dem Schwachsinn ein Gesicht geben, wie z.B. „Hitzeservice.de³“:

Weiterentwicklung „Hitzeschutzplan Gesundheit“

Projektkonsortium

Leitung: Institut und Poliklinik für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, AG Globale Umweltgesundheit & Klimawandel, Klinikum der Universität München

Verbundpartner:

ecolo GmbH & Co. KG⁴, Agentur für Ökologie und Kommunikation Institut für Soziologie Ludwig-Maximilians-Universität München Jakobstraße 20, 28195 Bremen Telefon (0421) 230011-0 Sitz der Gesellschaft: Bremen

Und so werden von Steuergeldern diese Maßnahmenkataloge er-

stellt, die kein normaler Mensch braucht und die einzig und allein Klimawandellobbyismus sind. Und der Bürger fällt darauf rein. So gibt die Website der NGO (unterstützt durch das BGM) an:

- Das BMG fördert **Unterstützungsangebote zum Schutz spezieller Risikogruppen auf dem Portal „Hitzeservice.de“**: Für Menschen im höheren Lebensalter, Kinder, wohnungslose Menschen, stationär versorgte Pflegebedürftige, im Freien Arbeitende und – seit Beginn dieses Jahres – auch für Menschen mit Behinderungen. Das neue Format „Hitzeservice vernetzt“ soll außerdem das Wissen von Akteurinnen und Akteuren im gesundheitlichen Hitzeschutz bei regionalen und bundesweiten Fachveranstaltungen sichtbar und nutzbar machen.
- Das „**Hitzemonitoring**“ des RKI wird weiterentwickelt, um die Auswirkungen der Hitzewellen besser einschätzen zu können.
- Das Bundesinstitut für Öffentli-

che Gesundheit (BIÖG) wird seine **Angebote zur Information und Aufklärung mit Verhaltenstipps zum Thema Hitze** weiterverstärken. Unter anderem mit einem Infopaket für alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der rund 11.000 Kommunen in Deutschland und einem Tool-Kit für Multiplikatoren, das u. a. Bausteine für Pressearbeit oder Tipps bei Hitze in den jeweiligen Lebenswelten anbietet.

- Gemeinsam mit anderen Bundesministerien und den Ländern wird eine **gemeinsame Krisenübung** (LÜKEX 26) vorbereitet. So soll auch die Verzahnung von Hitzeschutz auf Länder- und kommunaler Ebene mit dem Katastrophen- und Bevölkerungsschutz auf Bundesebene verbessert werden.

Die Deutschen „entfliehen“ in jedem Jahr der hiesigen „Sommer-Hitze“ und machen Urlaub im Süden. Türkei, Tunesien, Mallorca oder Portugal sind bevorzugte Ziele, um zuhause beim BMG zu

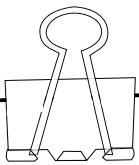
lesen, wie heiß es bei uns ist und wie gefährlich so ein Urlaub im Süden sein kann. Sind wir wirklich so bekloppt? Wenn wir nicht schnellsten zu einer Lebensweise zurückfinden, die den normalen Menschenverstand in den Vordergrund stellt, die unsere Erfahrungen und Werte wieder in den Mittelpunkt rückt und wenn wir nicht umgehend alles dafür tun, diese von Regierungseite unterstützten Klima-Abzocker zu stoppen, dann sehen wir wirklich heißen Zeiten entgegen, denn sie verbrennen unsere Steuergelder in einem solch hohen Maß, dass die sommerlichen Temperaturen nichts sind dagegen. ■

1 <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/meldungen/bmg-legt-neue-hitze-schutz-plaene-vor-03-06-25.html>

2 [https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/St%C3%A4dte-und-Gemeinden-gestalten/F%C3%B6rderprodukte/Nat%C3%BCrlicher-Klimaschutz-in-Kommunen-\(444\)/](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/St%C3%A4dte-und-Gemeinden-gestalten/F%C3%B6rderprodukte/Nat%C3%BCrlicher-Klimaschutz-in-Kommunen-(444)/)

3 <https://hitzeservice.de/>

4 <https://ecolo-bremen.de/>



EINWURF

VON RALF LUDWIG

CDU gegen Berufsfreiheit

Ob die CDU Baden-Württemberg bereits als Sekte bezeichnet werden kann, darüber besteht noch Streit.

Jedenfalls können christlich und demokratisch aus dem Namen gestrichen werden.

Dr. Reinhard Löffler, Abgeordneter im Landtag Baden-Württemberg, wurde nicht erneut nominiert, weil er Michael Ballweg vor Gericht verteidigt hat.

Quelle: <https://apollo-news.net/streit-in-stuttgarter-cdu-kreisvorstand-teilt-gegen-ballweg-anwalt-aus/>

Eine Partei, die ein solches Verständnis eines Rechtsstaats hat, sollte zumindest unter Beobachtung gestellt werden. Denn wer die Berufsfreiheit und insbesondere die Freiheit der Anwaltschaft ablehnt, lehnt auch eine freiheitliche Rechtsordnung insgesamt ab.

Ein Verteidiger in einem Strafverfahren ist nicht der Vertreter seines Mandanten, sondern Garant für ein rechtsstaatliches Verfahren.

Wer diesen Unterschied nicht kennt, sollte keinerlei politische Entscheidungsmacht haben. [...]

Mein Kanal: t.me/RA_LUDWIG
https://t.me/RA_Ludwig/10225

Spaziergänge und Veranstaltungen in der Region Allgäu im September 2025:



1. 9. 2025, 18 Uhr,
Marktoberdorf, Deckelplatz
Spaziergang an jedem ersten Montag im Monat

11. 9. 2025, 18 Uhr,
Memmingen, Schrankenplatz
Spaziergang an jedem zweiten Donnerstag im Monat

15. 9. 2025, 18 Uhr,
Kaufbeuren, Spitalhof
Spaziergang an jedem dritten Montag im Monat

29. 9. 2025, 18 Uhr,
Kempten, Hildegardplatz
Spaziergang am letzten Montag jeden Monats

Wer an dieser Stelle weitere Veranstaltungen anzeigen möchte, sende bitte ein Mail an: UNZ.magazin@posteo.de
Redaktionsschluss für die Oktoberausgabe ist der 5. 9. 25. Änderungen vorbehalten.

Haben die Interessen von Schulen und Technologiekonzernen Vorrang vor Schülerinteressen?

GASTBEITRAG VON DIEBASIS-AG KINDER, JUGEND UND FAMILIE

■ In einem Kontext, in dem es immer mehr Beweise für negative Auswirkungen der digitalen Technologie auf Kinder gibt, ist es überraschend, dass ihr Einsatz in der Schulbildung selbst nicht diskutiert wird.

Auch die Alanus-Hochschule, die für Reformschulen den sogenannten Medienkompass¹ entwickelt hat, fragt nur nach der Zufriedenheit der Eltern. Wir wissen aber, dass „Zufriedenheit“ nach einer subjektiven Meinung fragt, die im Verhältnis zu den Erwartungen der Elternschaft beantwortet wird. Damit wird jedoch das Vorverständnis der Eltern übergegangen. Sind sie etwa nicht Teil des Systems oder nur deren Kunden?

Noch weniger erfahren wir aus dem Medienkompass darüber, welches Medienkonzept die Reformschulen vereinbart haben und worüber die Eltern ihre Meinung äußern. Und schließlich kennen wir auch nicht die aus den Neurowissenschaften entwickelten Kriterien, die die Macher des Medienkonzepts verwendet haben müssten. Welche Funktion erfüllt also dieser „Medienkompass“ mit seiner Befragung? Soll er informie-

ren oder nur beruhigen, damit die Verwendung digitaler Medien auch den Reformschulen erhalten bleibt? Wem würde das nützen?

Ganz anders sieht das die spanische Elterninitiative, die auf der Basis einer sehr gut recherchierten Analyse, genannt „OFF – Für eine Schule ohne KI“, die Verwendung von digitalen Medien verhindern will und konkrete Alternativen vorschlägt.² Ihres Erachtens sind die Schulen Teil des Problems, das die psychische Gesundheit ihrer Kinder beeinträchtigt und deren kognitive Veränderungen verursacht hat. Sie haben Forschungen von Spitzer/Hüther/Glückler zur Kenntnis genommen, wonach das Frontalhirn der Kinder bis zum 16./17. Lebensjahr ausreift und erst ab dann digitale Medien eingesetzt werden dürften. Diese von Eltern zusammengetragenen Forschungsergebnisse haben sogar OECD-Erhebungen ergeben. Spanische Eltern wissen, dass die Technologiebranche einen starken Einfluss zugunsten der Digitalisierung des Bildungswesens ausübt, indem sie beträchtliche Mittel für das Sponsoring von Konferenzen, Medieninhalten und häufig voreingenommenen Studien bereitstellt.

Daher klagen spanische Eltern gegen Erziehungsministerien und

die Schulen, weil sie gegen pädiatrische Empfehlungen und bestehende Gesetze verstoßen, insbesondere im Hinblick auf die Privatsphäre ihrer Kinder. Sie kritisieren, dass die Schulen mit unklaren Medienkonzepten operieren und die Beweislast für den Nutzen und die Risiken nicht den Technologieunternehmen auferlegt wird. Sie können sich nicht erklären, warum auf die Entsensibilisierung der jungen Menschen durch etwa fünfstündigen täglichen Medienkonsum an Schulen seitens der Ministerien und der Schulleitungen nicht verantwortlich reagiert wird.

Wann werden die deutschen Eltern aufstehen und es den spanischen, französischen und schwedischen Initiativen gleichtun, die auf Empfehlung des schwedischen Karolinska-Instituts und ihrer Expertengruppe die KI aus der Schule verbannt und das Schulbuch wieder eingeführt haben!?

Quellen:

1 Medienkompass – Bund der Freien Waldorfschulen: <https://anthrokritik.de/tag/medienkompass/>

2 <https://www.arte.tv/de/videos/117912-010-A/re-smartphone-verbot-fuer-spaniens-kinder/>

Kontakt zur Redaktion der Basis: redaktion@diebasis-partei.de

Die UNZENSIERT ist UNBEZAHLBAR!

Deshalb kostet sie Euch Leser auch nichts.

Alle, die an diesem „Magazin für mündige Bürger“ mitarbeiten (Autoren, Layout, Versand, Verteiler), tun dies unentgeltlich. Was allerdings bezahlt werden muss, ist der Druck und das Porto für den Versand. Wer uns dabei unterstützen möchte, überweist einen kleinen Betrag mit dem Vermerk **DRUCKKOSTENZUSCHUSS** an

Kontoinhaber: Herbert Mayer
IBAN: DE06 7336 9920 0101 6079 95

BIC: GENODEF1SFO

UNZ.magazin@posteo.de www.unzensiert-allgaeu.de

In
eigener
Sache

DANKE

an alle, die es uns mit einem Druckkostenzuschuss ermöglichen, das Magazin weiterzuverbreiten.

Unser Dankeschön gilt auch all denen, die unser Heft verteilen und so dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich erfahren, was in unserem Land schiefläuft.

Ihre Redaktion

Das Letzte

Sag mir, dass du in der BRD lebst, ohne zu sagen, dass du in der BRD lebst

Bahnsteig zu schmal – Passagiere dürfen nicht aussteigen und müssen Umweg fahren.

150 Jahre lang galt der Bahnsteig in Zwotental im Vogtland als unbedenklich. Doch nun stellt die Deutsche Bahn fest: Gleis 2 ist mit nur zwei Metern Breite zu schmal – und wurde deshalb am 28. Juni 2025 gesperrt. „Die Mindestbreite müsste nach geltenden Vor-

schriften 3,30 Meter betragen, die tatsächliche Breite beträgt 2 Meter“, so ein Bahnsprecher. Wie die „Bild“-Zeitung berichtet, halten die Züge zwar weiterhin an Gleis 2, da dort ein Personalwechsel stattfindet. Die Fahrgäste dürfen jedoch nicht aussteigen. Stattdessen müssen sie bis zum nächsten Bahnhof weiterfahren, dort auf den Gegenzug warten, der dann in Zwotental an Gleis 1 ankommt, und aussteigen.

2015: Wir brauchen Einwanderung, um unsere Rente zu finanzieren.

2025: Wir brauchen die Rentner, um die Einwanderung zu finanzieren.



Meine Stromrechnung ist da! Wie es "scheint", haben die mir für das letzte Jahr auch die Straßenbeleuchtung, Sonnenlicht, Mondlicht, das Licht des Heiligen Geistes und das Licht am Ende des Tunnels berechnet.

**Der amerikanische Traum:
Vom Tellerwäscher
zum Millionär.
Der deutsche Traum:
Vom Studienabbrecher
zum Abgeordneten.**

"Wenn diese Welt stirbt, stirbt sie nicht am Bösen.
Sie stirbt am Feigen.
Am Dummen. Und am Gleichgültigen."

Martin Uhlemann

hessenschau

hessenschau.de > Politik

Urteil am Verwaltungsgericht

Wiesbaden darf "Wassercent" erheben

Die Stadt Wiesbaden darf den sogenannten "Wassercent" einführen - eine Extrasteuer zusätzlich zu Wassergebühren. Das Hessische Innenministerium hatte der Stadt die Wasserverbrauchssteuer zunächst verboten: zu Unrecht, wie jetzt das Verwaltungsgericht Wiesbaden urteilte.

Hitzeaktionstag am Freitag abgesagt

MÜHLACKER (p). Wegen der vorhergesagten Wetterbedingungen wird der für den heutigen Freitag (6. Juni) geplante Hitzeaktionstag in den Enzgärten Mühlacker verschoben. Das teilt die Stadtverwaltung Mühlacker mit.

Der neue Termin für die Veranstaltung ist der 25. Juli.

**Als ich klein war,
hieß der
Klimawandel noch
Frühling, Sommer,
Herbst und Winter.**

ZfK Zeitung für kommunale Wirtschaft

Wasser

Trinkwasser in Mecklenburg-Vorpommern soll teurer werden

Im Herbst will die Landesregierung über eine Gesetzesänderung zur Erhöhung der Wasserkosten beraten. Auch Landwirte müssten als Folge der Anpassung künftig für die Beregnung ihrer Felder zahlen.

11.07.2024